

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Mai/Juni 1975

Evangelische Verantwortung

Heft 5—6/1975

Für ein Europa in Freiheit und Sicherheit

Gerhard Schröder

Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU stellt in den nachfolgenden Ausführungen die weltpolitische Situation in den Mittelpunkt seiner Überlegungen und geht der Frage nach, auf welchen Grundpfeilern die deutsche Außenpolitik ruht.

Der Blick nach draußen bietet wenig Anlaß zu besonderen Hoffnungen. Wir sehen die Weltorganisation der Vereinten Nationen in Gefahr, als Instrument machtpolitischer Interessen mißbraucht zu werden. Durch einseitige, parteiische Stellungnahmen trägt die Vollversammlung wenig zum Frieden bei. Ich hoffe, daß die Vereinten Nationen ihr Gleichgewicht finden und mit der Ausgewogenheit handeln, die ihren Aufgaben entspricht.

Krisen und Not

Wir sehen den Frieden in Nah- und Mittelost bedroht, in Südostasien, aber auch wir in Europa fragen besorgt nach dem Sinn der unablässigen Verstärkung des sowjetischen Kriegspotentials. Die Lage in Europa steht im Schatten wirtschaftlicher Bedrängnis und politischer Instabilität. In den Ländern der Dritten Welt gibt es vielfach Hunger und Arbeitslosigkeit, soziale Spannungen und innere Unruhen. Gerade haben uns die blutigen revolutionären Vorgänge in Äthiopien betroffen gemacht. Wir vergessen auch nicht den schrecklichen nordirischen Konflikt, der uns nahezu unfaßbar im 20. Jahrhundert dünkt.

Die beiden Grundpfeiler der deutschen Außenpolitik, die nordatlantische Bündnispolitik und die Europapolitik, halten. Viele unter uns sind vielleicht versucht zu sagen: Sie halten noch. Sicherlich gibt es in beiden Bereichen Probleme und Schwierigkeiten, Spannungen und Enttäuschungen. Dies gilt im europäischen Bereich stärker als im atlantischen.

Aus dem Inhalt

Für ein Europa in Freiheit und Sicherheit	1
Hinweis auf Eichholz-Tagung „Kirche und Politik“	3
Das Grundgesetz nimmt uns in Pflicht	4
Horst Waffenschmidt	
Leserbrief zur „Politischen Predigt“	5
Die Wende in der Bildungspolitik	6
Wilhelm Hahn	
Vier Meldungen zum Kirchenalltag in der DDR	9
Aus unserer Arbeit	10
Gemeindetag unter dem Wort	10
Zehn Thesen zum Demokratieverständnis	11
Gerd Langguth	
Zur Gefahr der Vereinsamung Israels	12
Rudolf Pfisterer	
Streit um die Wahrheit — eine vielbeachtete theologische Erklärung aus den USA	14
Hinweise für den Frankfurter Kirchentag	16

Im Bündnis sollte und könnte der politische Zusammenhalt besser, sollte und könnte das militärische

Gegengewicht gegen die wachsende Macht der Sowjetunion und der anderen Staaten des Warschauer Paktes überzeugender und beruhigender sein. Manche unserer Partner verwenden offensichtlich mehr Scharfsinn darauf, Wege zur Verringerung ihrer Verteidigungsanstrengungen zu finden, als zu deren Stärkung. Die Entspannungspolitik birgt die Gefahr, bei uns ein trügerisches Sicherheitsgefühl zu erzeugen und am Ende die Bequemlichkeit höher zu stellen als die Sicherheit. Die schwierige wirtschaftliche Situation der meisten Natopartner verstärkt die Versuchung, die Verteidigungslasten zu verringern. Die Verantwortung für die gemeinsame Sicherheit verlangt, daß wir alle im Bündnis solchen Tendenzen mit großem Nachdruck entgegenwirken, und daß wir die Verteidigungskraft der Nordatlantischen Allianz stärken. Das kostet Geld, das ist nicht leicht. Dennoch bin ich der Meinung, daß das Geld für unsere Sicherheit in einer unsicheren Welt eine nach wie vor notwendige Investition ist. Allerdings meine ich, daß bei weitem nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind, in der nordatlantischen Verteidigung vieles — ich möchte nicht sagen — „billiger“, sondern „preiswerter“ zu gestalten. Ausgehend von der Lebenserfahrung, daß das Teuerste, Modernste und Komplizierteste keineswegs immer das Beste ist, sollte diesem Punkt viel mehr Energie und Phantasie gewidmet werden. Ich bin sicher, das Ergebnis würde es lohnen.

Für ausgewogene Abrüstung

Ich rede hier nicht der Verschärfung der Gegensätze oder einer Zuspitzung von Konfrontationen das Wort. Natürlich wünschen wir alle eine Verminderung der Verteidigungslasten. Sie kann aber ohne Gefährdung unserer Sicherheit nur dann sinnvoll sein, wenn sie ausgewogen in Ost und West erfolgt. Wir würden es daher begrüßen, wenn die Begegnung von Präsident Ford mit Parteichef Breschnew in Wladiwostok einen Schritt zur vertretbaren Begrenzung der strategisch nuklearen Waffensysteme gebracht haben sollte. Wir warten immer noch auf eine positive sow-

jetische Reaktion in Wien in Beantwortung der Vorschläge des Westens zur ausgewogenen Verringerung der Truppen in Mitteleuropa — bisher leider vergeblich. Die Sowjetunion beharrt darauf, ihre Überlegenheit beizubehalten, ja weiter zu verstärken. Es wäre daher sträflicher Leichtsin, wenn wir die Bedeutung des Gleichgewichts der Macht zwischen Ost und West für unsere Sicherheit vergessen oder geringschätzen würden. Das gilt nicht nur für unsere Sicherheit, es gilt auch für unsere Freiheit, eine unabhängige Politik nach unseren Interessen zu betreiben. Im anderen Falle riskierten wir, der Magnetkraft der überlegenen Macht zu erliegen und — ohne daß ein Schuß zu fallen, ein Panzer zu rollen brauchte — immer stärker in die Abhängigkeit von Moskau, am Ende ins Helotentum hineinzugeraten. Natürlich will dies niemand, weder hier noch in der freien Welt überhaupt. Ich möchte aber daran erinnern, daß solche Fehler selten mit Vorsatz begangen werden, sondern sie beruhen meist auf Fehlurteilen oder Leichtsin. Davor warne ich.

Europäische Einigung

Die Entwicklung der europäischen Einigung hat in der letzten Zeit zweifellos mehr Enttäuschungen als Erfüllung von Hoffnungen gebracht. Die Europäische Gemeinschaft hat weder im Innern noch nach außen die Solidarität und den Zusammenhalt gezeigt, die wir gewünscht hätten. Von Fortschritt kann keine Rede sein, eher von Stagnation, hier und da sogar von Rücktritt. Es hat sich unter den Belastungen der vergangenen Monate vor allem bei der Wirtschafts- und Währungs-, aber auch der Energiepolitik gezeigt, daß der Partikularismus der nationalstaatlichen Interessen stärker war als der Geist der Gemeinsamkeit, der so oft beschworen worden ist und beschworen werden muß. Europa wird nicht durch Reden zustandekommen, auch nicht durch Telefongespräche, wenn nicht praktische Taten folgen. Damit meine ich das zähe und geduldige Ringen um konkrete Fortschritte in einer Zeit, in der große Schritte nach vorn offenbar nicht zu erreichen sind.

Keine Resignation

Es wäre aber ganz falsch, aus Enttäuschung in Resignation zu verfallen. Unser Wille zur Einigung Europas darf sich nicht beirren lassen, auch nicht durch ernste Schwierigkeiten. Die Einigung Europas, an der wir seit mehr als 25 Jahren arbeiten, ist ein Prozeß von historischen Dimensionen. Wenn man erlebt, welche Probleme schon eine Kreisreform bei uns aufwirft, wird man nicht verzagen dürfen, daß die Einigung Europas noch nicht erreicht ist, daß sie offensichtlich noch beträchtliche Zeit braucht. Inzwischen sollte jede Möglichkeit zu Fortschritten, kleinen oder größeren, genutzt werden. Sie würden — wie wir meinen — Auftrieb für die Zusammenarbeit z. B. Verbesserungen der Institutionen geben. Ich denke etwa an die Direktwahl des Europäischen Parlaments, an eine Beschleunigung und Konzentration der Arbeit der Kommission, an den Ministerrat und an die Zusammenarbeit zwischen ihm und der Kommission.

Lassen Sie mich hinzufügen: Die Einigung Europas bleibt gerade für uns in der CDU und CSU die Aufgabe, der wir uns verpflichtet wissen, an der wir unermüdlich arbeiten werden. Wir werden uns dabei nicht beirren lassen durch gut gemeinte, aber aus vielerlei auf der Hand liegenden Gründen — politischen, juristischen, psychologischen Gründen — undurchführbare, ja gefährliche Vorschläge, wie sie etwa kürzlich vom SPD-Vorsitzenden Brandt vorgetragen worden sind. Hier zeigt sich, daß wir mit unserer Beharrlichkeit auch rege Wachsamkeit verbinden müssen. Wir werden es an beidem nicht fehlen lassen.

Ostpolitik

Lassen Sie mich einige Bemerkungen zur Ostpolitik machen: Die Ergebnisse der Brandt'schen Ostpolitik haben viele enttäuscht. Ich sage nicht aus Rechthaberei, daß ich nicht enttäuscht worden bin, denn ich habe seinerzeit und seitdem meine Meinung oft genug klar geäußert. Es war von dieser Politik kein positives Ergebnis für die deutschen Interessen zu erwarten.

So ist dann auch die Entwicklung verlaufen. Es hat sich nun eine gewisse ostpolitische Ernüchterung auch dort eingestellt, wo früher Euphorie herrschte. Realismus ist zu begrüßen. Ostpolitik im deutschen Interesse muß nüchtern, realistisch und eher skeptisch als euphorisch sein. Dies gilt es jetzt zu beachten, wo im Vordergrund der deutsch-sowjetischen Beziehungen Wirtschaft und Handel stehen. Die sowjetischen Erwartungen sind groß und bewegen sich in Größenordnungen, die nach meinem Eindruck zum Teil weit über das hinausgehen, was unserer Leistungsfähigkeit entspricht. Ich hoffe, daß die Sowjetunion selbst zu einer

richtigen Einschätzung unserer Möglichkeiten findet und dabei auch nicht außer Acht läßt, daß die deutsche Wirtschaft ihre Interessen auf dem gesamten Weltmarkt pflegen muß und diese Interessen nicht vernachlässigen darf, um etwa der Sowjetunion gefällig zu sein. Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen uns und der Sowjetunion — das gilt selbstverständlich für alle ost- und südosteuropäischen Länder entsprechend — ist dann sinnvoll, wenn es um Projekte geht, die beiden Staaten wirtschaftlichen Vorteil versprechen, die den Interessen beider Seiten dienen. Dazu gehört auch, daß auf gar keinen Fall eine einseitige Abhängigkeit

begründet werden darf. Bei Beachtung dieser Grundsätze wird eine intensivere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas einschließlich der Sowjetunion allen Beteiligten nützen und nicht zuletzt auch dem Frieden dienen. Ich sage dies eigens auch mit dem Blick auf Polen. Hier könnte eine gesteigerte wirtschaftliche Kooperation das Dach bilden, unter dem die humanitären Probleme, welche die Beziehungen zwischen den beiden Ländern jetzt noch belasten, gelöst werden könnten. Trotz aller Schwierigkeiten, die zwischen uns und Polen bestehen, habe ich die Hoffnung, daß es bald zu dieser Lösung kommt.

Die „Evangelische Verantwortung“ empfiehlt die Teilnahme an einer wissenschaftlichen Arbeitstagung der Politischen Akademie Eichholz, die vom 21. bis 24. Mai 1975 unter folgendem Titel stattfindet:

Kirche und Politik

Glaube und Verantwortung — Maximen politischen Handelns?

Zur Thematik:

Im Rahmen der ordnungspolitischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik Deutschland und der im Verlaufe der Auseinandersetzung zutage getretenen Kritik an unserem freiheitlichen sozialen Rechtsstaat ist deutlich geworden, daß die Kirche als eine zentrale gesellschaftliche Institution bezüglich ihres Standorts in diesem Streit gewisse Unsicherheiten zeigt. Dies gilt für beide Konfessionen.

Auf der einen Seite ist offenbar für einige im kirchlichen Dienst stehende nicht mehr ganz sicher, inwieweit sie unseren Staat akzeptieren oder noch akzeptieren können; auf der anderen Seite hat die kirchliche Aktivität in verschiedenen Bereichen Dimensionen angenommen, die nicht mehr in den kirchlichen Auftrag herkömmlicher Deutung passen.

Diese Situation hat dazu geführt, daß man sich erstmals in der kurzen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wieder nach dem Verhältnis von Kirche und Staat oder besser: dem Verhältnis von Kirche und Politik zuwenden muß.

Auf der Tagung sollen insbesondere die katholische Soziallehre und evangelische Sozialethik daraufhin befragt werden, welche direkten und indirekten Schlußfolgerungen sie aus ihren jeweiligen Lehrgebäuden zu ziehen in der Lage und willens sind.

Interessenten wenden sich bitte an:

Politische Akademie Eichholz, 5047 Wesseling, Postfach.

Das Programm dieser wissenschaftlichen Arbeitstagung wird auf Wunsch zugeschickt.

Unsere Autoren:

Dr. Gerhard Schröder, MdB
53 Bonn, Bundeshaus

Dr. Horst Waffenschmidt, MdB
522 Waldbröl, Kaiserstraße 40
Professor D. Dr. Wilhelm Hahn, MdB
Kultusminister, 7 Stuttgart, Schloßplatz 4

D. theol. Rudolf Pfisterer, Dekan
717 Schwäbisch-Hall, Breslauer Weg 42
Gerd Langguth
53 Bonn, Jagdweg 7

Das Grundgesetz nimmt uns in Pflicht

Horst Waffenschmidt

Auch und gerade im Getriebe der aktuellen Tagespolitik dürfen und sollten wir es an der notwendigen Klarheit über die Grundsatzentscheidungen unserer Politik nicht ermangeln lassen.

Der stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Rheinland und des EAK Rheinland, der Bundestagsabgeordnete Dr. Horst Waffenschmidt, verdeutlicht in seinem nachfolgenden Beitrag die Bedeutung eines entschlossenen Eintretens für die in unserer Verfassung gewährten Rechte.

Vor wenigen Monaten haben wir das 25jährige Bestehen der Bundesrepublik Deutschland begangen, und zugleich wurde in vielen Beiträgen aus diesem Anlaß in Politik und Wissenschaft die Bewährung unseres Grundgesetzes hervorgehoben. Und in der Tat: das Grundgesetz mit seiner Verankerung der Grundrechte und mit den Organisationsvorschriften für unser Staatswesen hat uns über ein Vierteljahrhundert eine sehr freiheitliche und soziale Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland gesichert. Dies kam nicht von ungefähr; denn in der Geburtsstunde dieses Grundgesetzes waren alle verantwortlichen demokratischen Kräfte in diesem Land geeint in den Erfahrungen und traurigen Erlebnissen während der Zeit der Hitlerdiktatur und des zweiten Weltkrieges.

Wenn unsere freiheitliche Verfassung sich auch in den nächsten 25 Jahren bewähren soll, so ist dazu ein besonderes Maß an Einsatz aller verantwortlichen Kräfte in unserem Land erforderlich. Und ich meine, hier sind die Christen in unserem Land zu besonderer Verantwortung und zu überzeugendem Engagement aufgerufen.

Wo lauern heute die Gefahren für die freiheitliche, soziale, parlamentarische und rechtsstaatliche Ordnung unseres Staates? Als größte Sorge muß uns hier die Neigung politischer Kräfte in diesem Land zu einer totalen Konfrontation vor Augen stehen. Die überzeugende Wirksamkeit unserer Verfassungsordnung ist angewiesen auf

eine möglichst weitgehende Grundübereinstimmung der tragenden politischen Kräfte in diesem Land über die Grundziele der Politik. Hört man in die politische Auseinandersetzung hinein, so wird zwar von allen im Bundestag vertretenen Parteien von den Zielen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gesprochen. Aber zugleich gibt es im Lager der gegenwärtigen Regierungskoalition eine Art von politischem Alleinvertretungsanspruch. Dies äußert sich z. B. so, daß Sprecher der SPD im Bundestag und auch in vielfältigen Veranstaltungen im Lande davon sprechen, daß sich die Demokratie eigentlich erst richtig in ihrer Vorstellung vom Sozialismus erfülle. Hinzu kommen dann solche Äußerungen wie die des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Kühn, der davon sprach, die Bundesrepublik Deutschland werde unregierbar, falls die CDU die Mehrheit in Nordrhein-Westfalen erlange.

Solche Art politischer Werbung ist ein entscheidender Schlag gegen das im Grundgesetz verankerte parlamentarische Regierungssystem, das darauf angelegt ist, auf Dauer Rechtsstaat und Freiheit auch dann dadurch zu sichern, daß ein Wechsel in der Regierungsverantwortung zwischen den politischen Kräften möglich bleibt. Keiner Partei ist es erlaubt, sich quasi als alleinregierungsfähig hinzustellen. Solche Haltung schafft nämlich die zwielichtige Atmosphäre, in der dann der erstrebte Wechsel zwischen Regierung und Opposition schon praktisch als eine Art kalter Staatsstreich proklamiert wird.

Alle Parteien müssen vielmehr darauf bedacht sein in einer echten geistigen und politischen Konkurrenz ihre Vorstellungen über den richtigen Weg zur Sicherung von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität darzulegen. Der Kampf um den richtigen Weg mag durchaus deutlich und bisweilen hart sein. Im Sinne des Grundgesetzes und seiner Verfassungsordnung darf er jedoch nie zu einer totalen oder

grundsätzlichen Verurteilung des politischen Gegners zur Regierungsunfähigkeit führen.

Grundentscheidungen einvernehmlich verteidigen!

Für die Christen in unserem Lande sehe ich eine der wichtigsten aktuellen Aufgaben darin, allen demokratischen Parteien immer wieder dahingehend ins Gewissen zu reden, daß sie bei all 'ihrem politischen Agieren im Respekt vor dieser Grundentscheidung unserer Verfassung verbleiben.

Zum Respekt vor den grundsätzlichen Festlegungen unseres Grundgesetzes gehört es auch, den Entscheidungen der dritten Gewalt, insbesondere den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts entsprechende Achtung entgegenzubringen. Dies ist gerade das Wesen des Rechtsstaates nach dem Grundgesetz, daß auch für die politische Mehrheit in den Parlamenten insoweit eine Schranke gesetzt ist, als es um die tragenden Werte unserer Verfassungsordnung geht. Als Christen müssen wir wissen, daß gerade die Elemente der rechtsstaatlichen Ordnung und ihr Schutz durch die Rechtsprechung die besten Anwälte für die Minderheiten im Lande sind. Auf den Minderheitenschutz im Sinne der Verfassung sollte es uns allen immer besonders ankommen.

In diesen Zusammenhang gehört auch ein Wort zum Zusammenspiel von Bund und Ländern im Sinne eines modernen Föderalismus in den Organen des Bundes. Aus guten Gründen haben unsere Verfassungsväter das im Grundgesetz verankerte Machtbalancesystem zwischen Bundestag und Bundesrat geschaffen, um dadurch ein zusätzliches Maß an Sicherheit für eine im Sinne der Verfassung ausgewogene Gesetzgebung auf Bundesebene zu gewährleisten.

Zu diesen wichtigen organisatorischen Vorschriften zur Freiheits-

sicherung in unserem Grundgesetz tritt als ganz entscheidend hinzu der Grundrechtskatalog, der in einer beispielhaften Weise die Position des einzelnen Staatsbürgers absichert gegenüber der staatlichen Gewalt. Der gesamte Grundrechtskatalog ist letztlich ein Ausfluß der Grundsatzaussage des Artikel 1 von der Würde eines jeden

einzelnen Menschen in diesem Land.

Das Grundgesetz hat in weiser Voraussicht festgelegt, daß die Artikel 1 und 20 mit ihren Grundsatzsicherungen für einen freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat auch durch verfassungsändernde Mehrheit nicht abgeändert werden können. Aber selbst diese Vor-

schrift des Artikel 79 des Grundgesetzes wird auf weite Sicht nur hilfreich sein, wenn die Menschen in unserem Land die Grundsatzentscheidungen des Grundgesetzes weiter offensiv vertreten. Dazu sind die Christen in der Bundesrepublik heute in besonderer Weise aufgerufen.

Leser-Brief

Die hier geäußerte Meinung braucht nicht mit der Ansicht des Herausgebers oder der Redaktion übereinzustimmen.

Zum Thema der Politischen Predigt

Bei den Diskussionen dieses aktuellen Anliegens fällt differenziertes Argumentieren im Zusammenhang historischer Dimensionen offensichtlich schwer, obwohl sich gerade in den Gestalten der Propheten klassische Modelle anbieten, deren höchst politische Predigt wohl niemand bestreiten möchte, so daß hier manche Maßstäbe abgelesen werden können. Gewiß sind wir nicht „Volk Israel“, aber befindet sich nicht auch unser Volk noch immer zwischen Altem und Neuem Testament und nicht im eschatologischen Bereich des fast vollendeten Zustandes des Neuen Testaments?

Als freiwillige Priester, von Gott erwählt und ergriffen, treten diese Männer ihrer Gesellschaft und der Politik ihrer Zeit „im Namen Gottes“ entgegen und verkünden ihr Seinen Dienst für das Heil des Volkes im Handeln der Welt, der Geschichte, der Menschheit und im Gericht, nicht aber umgekehrt, indem sie selbstberufen gesellschaftliche oder politische Anliegen in die Gemeinde tragen. Gott redet aus ihnen durch Menschenmund zu Menschen in ganz besonderen Konflikt- und Entscheidungssituationen nicht aber Sonntag für

Sonntag und zwischendurch auch noch. Ihre Predigt richtet sich immer an die Mächtigen und die Art ihrer Herrschaft unter dem Risiko persönlicher Gefahr und des Lebens, nicht an die kleinen, ohnmächtigen Durchschnittsbürger, zugunsten vordergründiger Aktualität oder persönlichen Beifalls. Sie fordern den Menschen als Person ungeachtet seiner Verdienste und Leistungen zur „Buße“ und nicht zu Taten und Aktionen nach außen für oder gegen andere, weil die Änderung der Welt eben doch mit der Änderung des Menschen beginnt. Ihre Bindung an den lebendigen und zu fürchtenden Gott und ihr Charisma ermöglichen eine einmalige Verknüpfung von Abstand und Nähe zur Existenz der angesprochenen Gemeinde, die in der Essenz im weitesten Sinne politisch wirken muß, ohne daß oberflächlich politisiert zu werden braucht, weil Gottes Zukunft entscheidend bleibt.

So wirkte z. B. die Opferverweigerung der ersten Christen vor dem römischen Kaiserbilde hoch politisch bis hin zur Zerstörung der wichtigsten Verklammerung des so unterschiedlichen Mittelmeeres. Ebenso gehören Luthers Predigten gegen die Schwärmer und die aufrührerischen Bauern hierher. Die Predigten von Bischof Graf Galen und der Pfarrer der „Bekennenden Kirche“ gegen die Versuche der „Deutschen Christen“, den christlichen Glauben zum politischen Werkzeug zu machen, sind uns noch viel näher, so daß wir die Absicht „revolutionärer Theologie“ — noch dazu vor dem Hintergrund politischer Verdächtigung jedes schlichten Gottesdienstes in totalitären Staaten — eigentlich ohne weiteres durchschauen sollten.

Die Grenzen zwischen positiver und negativer politischer Predigt

sind an folgenden Koordinaten zu finden:

- innerweltliche Machbarkeit statt Gottes Führung
- Augenblicklichkeit statt Zukunft
- verdienstlicher Einsatz als „Täter“ statt bedingte Geschöpflichkeit als „Person“
- Machtstreben statt Dienstbereitschaft
- Gegenherrschaft statt Gottes Herrschaft
- Fernstenliebe statt Nächstenliebe
- Haß und Gewalt gegen Gruppen statt Liebe zum Einzelnen
- Irrlehre und Aberglaube statt Wahrheit
- Ideologie statt Gottes Wort

Der Glaube relativiert die Autonomie-Anmaßung des Menschen. So führt das Überspringen des Glaubensbereiches in unmittelbaren Aktionismus zu fehlgläubiger Häresie und dem Mißbrauch von Hoffnung und Zukunft. Seit eh und je war jede Kombination von Eschatologie und politischer Agitation äußerst gefährlich wegen ihrer rückwärts gewandten Prophetie und ihres unbarmherzigen Absolutheitsanspruches, der allzuleicht eine „Theologie der Politik“ in eine „politisierte Theologie“ verwandelt, die wieder Scheiterhaufen brennen läßt. Die Gemeinde darf zwar „Zumutungen“ an den Gesetzgeber stellen, selbst aber nie politische Gruppe oder gar Gesetzgeber sein oder werden wollen (Prof. Jüngel). Politische Gefälligkeits-Theologie, mag sie noch so gut gemeint sein, kann der Dimension des Politischen nicht gerecht werden und muß den Sinn biblischer und seelsorgerlicher Predigt verfehlen — Steine statt Brot!

Joachim Engelmann,
29 Oldenburg, Feldstraße 83

Die Wende in der Bildungspolitik

Wilhelm Hahn

Über lange Jahre hinweg hatte die einseitig theoretisch-ideologische Tendenz, die den gesamten politischen und gesellschaftlichen Raum überlagerte, ihren Nährboden in den Institutionen und Diskussionen unseres Bildungswesens. Von hier wurde sie systematisch und breitenwirksam propagiert und gefördert. Aber auch hier lassen sich die deutlichen Anzeichen einer ernüchternden Besinnung und Umkehr nicht länger übersehen.

Im nachfolgenden Beitrag macht Kultusminister Prof. Wilhelm Hahn, der auch stellvertretender Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU ist, deutlich, wie überfällig und dringend erforderlich gerade in der Bildungspolitik diese Tendenzwende zu einer praxisorientierten, den Auszubildenden im Mittelpunkt habenden Pädagogik ist.

Eine politische Periode ist 1974 zu Ende gegangen. Allenthalben spricht man von der Tendenzwende. Die Zeit vom zweiten Weltkrieg bis zum Beginn der 60er Jahre war die Aufbauperiode, in der es gelang, die Bundesrepublik Deutschland wieder zu einem florierenden Faktor der Weltwirtschaft und zu einem der erfolgreichsten Sozialstaaten zu machen. Die Symbolfigur dieser Zeit war Konrad Adenauer.

Die vom Anfang der 60er Jahre bis 1973 dauernde und 1974 spektakulär auslaufende Periode hatte Willy Brandt zur Symbolfigur. Sie war bestimmt durch das Unbehagen besonders der Jugend an dem als selbstverständlich empfundenen Wohlstand, das paradoxerweise mit einem unersättlichen Anspruchsdenken verbunden war. Zugleich dominierte die optimistische Meinung, daß unter Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse, der technischen Möglichkeiten und des sozialen Willens eine perfekte Welt und eine ideale sozialistische Gesellschaftsordnung in Kürze realisierbar sei.

Diese vom veröffentlichten Bewußtsein getragene Periode wurde durch eine Reihe von Fakten beendet.

— Ein verändertes öffentliches Bewußtsein kündigte sich durch die Studien des Club of Rome an, die vom Ende des Wachstums der modernen Zivilisation durch Erschöpfung der Ressourcen und von der Bedrohung des Lebens durch die Ausbeutung der Natur sprach. Das veränderte Umweltbewußtsein nahm eine in der Protestbewegung unterschwellige Stimmung des Kulturpessimismus auf und führte zu einem Umschlag des Fortschritts-optimismus.

— Die Ölkrise zeigte dann den Industrienationen, daß ihre Macht und ihre Möglichkeiten in eine tiefe Krise geraten sind. Die Energiefrage führte zu einer Umschichtung größten Umfangs der Finanzkraft in der Welt, zur Verschuldung der Industrienationen, zur Hoffnungslosigkeit der sich neu abzeichnenden vierten Welt und zu einer unaufhaltsamen Weltwirtschaftskrise. Das Anspruchsdenken der westlichen Nationen — am stärksten durch die Gewerkschaften repräsentiert — ist ein unzeitgemäßer Atavismus. Wir müssen wieder lernen zu sparen und zu verzichten.

— Das von der Regierung Brandt 1969 angekündigte Reformzeitalter, das sein Mittelstück in der Bildungsreform als Hebel zur Verwirklichung der egalitären sozialistischen Demokratie haben sollte, hat sich als Utopie erwiesen und hat alle Faszination verloren. Weder lassen sich die Reformen finanzieren, noch haben sie sich, sofern sie überzogen waren, bewährt. Vielmehr zeigen sich schwerste gesellschaftspolitische Fehlentwicklungen aufgrund falscher Versprechungen und Maßnahmen wie Jugendarbeitslosigkeit und Abiturientenschwemme. Der Ruf nach Realismus und Nüchternheit ist Trumpf.

— Die Grundstimmung und das Verhalten der Bevölkerung sind verändert. Die Mehrheit der Jugend wendet den radikalen Rattenfängern den Rücken. Die Wähler sagen der sozialliberalen Koalition ab. Die Führungskräfte von SPD und FDP stehen ratlos vor der ver-

änderten Situation und suchen nach Neuorientierung, aber auch nach einem Zusammenhalt ihrer nun auseinanderstrebenden Flügel. Trotzdem bleibt eine gut organisierte und fanatische Minderheit sozialistischer und kommunistischer Gruppen in den eroberten Positionen und sucht ihren Einfluß zu behaupten oder gar auszubreiten.

Die entscheidende Frage lautet: Handelt es sich um eine echte Tendenzwende oder nur um eine Ermüdungserscheinung, die nach einiger Zeit überwunden sein wird? Letzteres ist kaum anzunehmen, da zu harte Fakten wie die Energiekrise, Arbeitslosigkeit und scheidende Reformen die Voraussetzung für die Entwicklung der nächsten Jahre entscheidend beeinflussen werden.

Da der derzeitige Zustand mit dem Beginn eines Schmelzprozesses zu vergleichen ist, läßt sich noch nicht absehen, wie und wohin er sich endgültig entwickeln wird. Durch den verstärkten Einfluß der Massenmedien ist die geistige Mobilität, aber auch die psychische Labilität der Gesellschaft erheblich gewachsen. Ein umschlagendes Bewußtsein ist deshalb in kürzeren Perioden zu erwarten. Die Beobachtung der Entwicklung der Nachkriegszeit läßt eine neue Periode von höchstens zehn Jahren erwarten — wahrscheinlich kürzer. Diese Zeit muß unter allen Umständen politisch zum Ausbau und zur Festigung der Demokratie genutzt werden.

Kritik der Bildungsreform der vergangenen politischen Periode

Das positive Moment der vergangenen politischen Periode war die große Anstrengung für das Bildungswesen und der hohe politische Stellenwert, der erstmals der Bildungspolitik eingeräumt wurde. Es muß zunächst mit aller Klarheit festgehalten werden: der Bildungs-

politik gehört in einem modernen demokratischen Sozialstaat unausweichlich Priorität. Und weiter: die Bildungsreform war und ist notwendig. Sie hat, was über Fehlentwicklungen nicht vergessen werden darf, unaufgebbare Fortschritte und Leistungen erbracht. Wir können und wollen nicht hinter sie zurück. Trotzdem bedarf es einer entscheidenden Kurskorrektur, um nicht nur ihre Fehlentwicklungen abzubauen, sondern auch falsche Grundansätze zu überwinden.

Die positiven und notwendigen Ziele der Bildungsreform waren:

- die Anpassung des Bildungswesens an den modernen Stand der Wissenschaft und darin eine qualitative Reform,

- die Beteiligung bisher bildungsferner Bevölkerungsteile, also insbesondere aus der Landbevölkerung und aus der Arbeiterschaft an den anspruchsvolleren Bildungsinstitutionen und damit eine große quantitative Ausweitung des Bildungswesens. Dies alles machte auch grundlegende strukturelle Reformen notwendig.

Die Fehlentwicklung läßt sich vor allem auf drei Elemente zurückführen:

- eine zu unmittelbare und das heißt unpädagogische Übertragung wissenschaftlicher Erkenntnisse bzw. Stoffe in das Bildungswesen und die Umformung von Bildungsinstitutionen nach technokratisch konstruierten Plänen (Beispiele: Mengenlehre, integrierte Gesamtschule und Oberstufenreform). Verbunden damit war ein unkritischer Glaube an die Meßbarkeit des pädagogischen Erfolgs durch Quantitäten.

- Die Ausrichtung des Bildungswesens auf die Herbeiführung einer egalitären, herrschaftsfreien sozialistischen Gesellschaft und die Politisierung des gesamten Bildungsbereichs. Gesellschaftsreform bzw. Gesellschaftsrevolution durch Bildungsreform war das erklärte Ziel.

- Ein unwissenschaftlicher egalitärer Begabungsbegriff, der die Bedeutung der unterschiedlichen Veranlagungen negiert und die Möglichkeit des Begabens (H. Roth) durch Milieu und pädagogische Förderung, die zudem im wesentlichen als kognitive Förderung verstanden wurde, weit überschätzt. Aus jedem Menschen kann alles

werden, wenn er die entsprechende Förderung hat, wenn nicht, so sind Schule, Gesellschaft und Staat schuld am Versagen.

Diese Akzentsetzung wurde bewirkt:

- durch den Einfluß, den die sogenannte Frankfurter Schule auf die Sozialwissenschaften nach 1950 gewann. Sie füllte das entstandene ideologische Vakuum auf und inspierte einen repräsentativen Teil der Sozialwissenschaftler ebenso wie einen großen Teil der Intellektuellen und Studenten mit vulgärem Spätmarxismus.

- Keine wissenschaftliche Disziplin wurde davon so sehr beeinflusst wie die Pädagogik. Die sogenannte emanzipatorische Pädagogik verdrängte alle anderen Richtungen und ließ auch die Leistungen und Erkenntnisse der großen Pädagogen der Vergangenheit vergessen. Die emanzipatorische Pädagogik ist eine komplexe Erscheinung mit linksliberalen und sozialistischen Vertretern.

- Das Reformprogramm der sozialliberalen Koalition und der sie tragenden Parteien SPD und FDP übernahm kritiklos Parolen und Programme der emanzipatorischen Pädagogik. Darüber hinaus beherrschten die Gedanken dieser Pädagogik so sehr das öffentliche Bewußtsein, daß ihre Dogmen als tabu galten und jeder Widerspruch als unsozial und reaktionär gebrandmarkt wurde. So kam es, daß vieles als Reform ausgegeben wurde, was pädagogisch nicht abgesehen, ja falsch war, aber unter dem Druck der veröffentlichten Meinung, die Reformen um jeden Preis förderte, unter politischem Aspekt beschlossen wurde.

Grundforderungen zur Neuorientierung der Bildungspolitik

Demgegenüber sind folgende Grundforderungen neu zur Geltung zu bringen:

- Das Bildungswesen hat einen pädagogischen und nicht einen politischen Auftrag. Selbstverständlich arbeiten die Bildungsinstitutionen auf dem Boden und dem Rahmen der Verfassung. Sie sind nicht unpolitisch, da die politischen Probleme

und die unterschiedlichen Auffassungen in ihnen bekanntgemacht und diskutiert werden müssen, um die politische Urteilsbildung vorzubereiten und zu ermöglichen. Jedoch haben weder die Bildungsinstitutionen, noch die in ihnen tätigen Personen als solche ein politisches Mandat. Dies verbietet, daß das Bildungswesen zum wichtigsten Mittel der Durchsetzung politischer Programme gemacht wird. Dadurch werden Schüler und Kinder zu politischen Zwecken mißbraucht. Die geistige, psychische und physische Entwicklung des jungen Menschen ist das Endziel der Pädagogik und des Bildungswesens. Wer Kinder zum Mittel für einen politischen Zweck einsetzt, versündigt sich an ihnen.

Der unwissenschaftliche egalitäre Begabungsbegriff muß durch den realistischen und wissenschaftlich abgesicherten ersetzt werden.

- Dieser stellt fest, daß wir Menschen unterschiedlich begabt sind und deshalb auch nicht die gleiche Entfaltungsmöglichkeit und Leistung für alle vorausgesetzt werden kann. Wer dies verkennt oder verschweigt, erweckt falsche persönliche Hoffnungen, die zu bitteren Enttäuschungen vieler und zu falschen Lebensentscheidungen führen müssen. Er wird aber auch das gesamte Bildungswesen in falscher Weise egalitär konstruieren in eine den unterschiedlichen Möglichkeiten der menschlichen Natur widersprechenden Form. Dies muß zur Leistungsminderung und zum Versagen des Bildungswesens führen.

- Zugleich bedeutet der egalitäre Begabungsbegriff eine menschliche und soziale Diskriminierung aller nicht theoretisch ausgerichteten Begabungen. Hierfür ist die immer wieder aufgestellte Behauptung kennzeichnend, die Hauptschule, in die 50 % unserer Kinder gehen, sei heute nur noch eine Restschule, da aus ihr alle Begabungen abgeschöpft seien. Darin steckt die ungeheuerliche Behauptung, als wenn 50 % unserer Kinder, und das heißt unserer Bevölkerung unbegabt und Rest seien, deren Unterrichtung für den Lehrer eine Zumutung bedeute. Ein weiteres Beispiel ist die einseitige Verwissenschaftlichung des Unterrichts in der Grundschule, die sich letztlich zum Nachteil des Kindes aus

sozial schwächeren Schichten auswirkt. Diese Feststellungen zeigen, daß ein nur am Theoretischen orientierter Begabungsbegriff zu einem falschen Elitedenken, zu unsozialer Haltung und zur sozialen Diskriminierung, aber auch zur Entmutigung sowie falschen politischen Konsequenzen führt.

Demgegenüber muß der Grundsatz maßgebend sein: Das Grundprinzip der Demokratie ist die Gleichwertigkeit der Ungleichen. Nicht allen das gleiche, sondern jedem das Seine. Jedem muß die seiner Begabung und Leistungsfähigkeit gemäße beste Förderung zuteil werden, damit er im Leben den Platz findet und ausfüllt, der seiner Veranlagung entspricht. Hierin konvergieren die unterschiedlichen Begabungen der Menschen und der unterschiedliche Bedarf der Gesellschaft. Gerade die moderne Industriegesellschaft hat einen unerhört differenzierten Bedarf. Die moderne Arbeitswelt mit ihrem Beschäftigungssystem, das Bildungswesen und die unterschiedlichen Fähigkeiten der Menschen sind aufeinander abzustimmen. Dies bedeutet: nicht ein egalitäres Bildungswesen, sondern ein differenziertes, arbeitsteiliges und strukturiertes Bildungswesen entspricht der Natur des Menschen und dem Bedarf der industriellen Gesellschaft.

Befreiung von ideologischen Engführungen

Die Pädagogik muß sich wieder von der Fremdherrschaft einer nicht an Menschen orientierten Theorie und Ideologie freimachen. Das heißt,

— daß sie wieder den Primat der am Kinde orientierten Erziehungslehre gegenüber gesellschaftspolitischen Zielsetzungen anerkennen muß,

— daß sie wieder erkennt, daß das Wesen des Menschen sich mit der nur empirischen Forschungsmethode, die sich an den Naturwissenschaften ausrichtet und alles Qualitative quantifiziert, nicht erfassen läßt. Die derzeit herrschende Pädagogik erfaßt mit ihren im wesentlichen an der Soziologie und Verhaltensforschung orientierten Methode zwar wichtige Teilbereiche

des menschlichen Lebens, verkennt aber das Personsein des Menschen, das letztlich sein Wesen ausmacht und die naturwissenschaftlich nicht erfaßbare Voraussetzung alles Wissens ist. So haben wir derzeit eine Pädagogik, die am Menschen vorbei erzieht und deshalb in eine tiefe Diskrepanz zur Schule mit entsprechenden negativen Ergebnissen führt. Eine Fülle von Krisenerscheinungen in der heutigen Jugend sollten die Frage unausweichlich machen, ob die herrschende Pädagogik für diese Ergebnisse verantwortlich ist und nicht allen Grund hat, ihre Prinzipien und Methoden zu überprüfen. So zweifelt man in den Vereinigten Staaten nicht mehr daran, daß die permissivness der Erziehungsphilosophie von Dewe das Gegenteil von Sozialisation bei einem großen Teil der amerikanischen Jugendlichen zu verantworten hat.

— daß sie ihre pseudowissenschaftlich gestelzte Diktion des Soziologenjargons ablegen muß und wieder so redet, daß nicht nur Lehrer und Laien es verstehen, sondern hinter den Begriffen auch echte pädagogische Sachverhalte sichtbar werden, und die Theorie sich in der pädagogischen Aktion verwenden läßt,

— daß der unterschiedlichen Begabung mit unterschiedlichem pädagogischem Verhalten begegnet wird und nicht die Abstraktionsfähigkeit des Frühreifen zum Maßstab jeder Begabung gemacht wird. Dies geschieht durch die einseitige Verwissenschaftlichung des Einheitsbildungswesens und führt zu einer Diskriminierung aller Naturen, die nicht einseitig auf abstraktes Denken hin angelegt sind, sondern musisch oder praktisch orientiert sind. Die Gleichwertigkeit trotz Andersartigkeit der nicht auf Wissenschaft angelegten Begabung ist wieder zu erkennen und ihre Motivation und Förderung als entscheidende pädagogische und soziale Aufgabe aufzunehmen. Entsprechend sind unterschiedlich akzentuierte Bildungsgänge und Curricula zu entwickeln.

Der pädagogisch und anthropologisch unsinnige Ansatz der emanzipatorischen Pädagogik, Kinder zum Gegensatz zu ihren Eltern, ihrer Umgebung, der Gesellschaft und dem Staat mit seinen Institutionen zu erziehen, der sich als kritische Pädagogik ausgibt, ist zu

überwinden. Vielmehr gilt es, weder eine autoritäre, noch eine antiautoritäre Erziehung zu betreiben, sondern den jungen Menschen ernstzunehmen und entsprechend seinem Reifegrad zur eigenständigen Entfaltung und Selbständigkeit zu helfen. Das Verhältnis zwischen Erziehern und Reifenden muß primär von der Vertrauensbasis her gestaltet werden, kann aber auch echter Autorität und der Führung nicht entbehren. Gerade so lernt man, unvermeidliche Konflikte zu bestehen, an ihnen zu wachsen und sie zu überwinden. Das einseitige Konfliktmodell ist anthropologisch und pädagogisch unbrauchbar.

Das Problem der Leistung erfährt durch den differenzierten Begabungsbegriff auch eine klare Lösung. Mit Recht werden heute zwei sich scheinbar widersprechende Behauptungen aufgestellt: es wird über den unerträglichen Leistungsdruck im Bildungswesen geklagt, andererseits wird ein Absinken der Leistungen bei den Schulabsolventen durch die Abnehmer behauptet. Dieses Ergebnis ist unausweichlich, wenn ein egalitärer Begabungsbegriff und daran ausgerichtet ein einseitig auf das Abstraktionsvermögen ausgerichtetes Bildungswesen alle mehr oder weniger unter die gleichen Anforderungen stellen. Dann müssen die einen überfordert werden und die anderen werden unterfordert, viele aber werden in falscher Weise gefordert. Dies wird noch dadurch verschärft, daß das Prestigebedürfnis vieler Eltern Schüler zu Bildungswegen veranlaßt, zu denen sie nach ihrer Begabung nicht geeignet sind, während sie auf einem anderen Bildungsweg zu guten Leistungen kommen könnten. Das Problem der Leistung ist also darin zu lösen, daß je nach Begabung unterschiedliche Anforderungen gestellt werden, was nur in einem differenzierten Bildungswesen möglich ist. Gleichzeitig muß neu in das Bewußtsein aller Verantwortlichen gebracht werden, daß Auslese und individuelle Förderung zwei nicht voneinander zu trennende Prinzipien sind.

Zu den bildungspolitischen Konsequenzen, die sich aus diesen Überlegungen ergeben, wird Kultusminister Prof. Wilhelm Hahn in der nächsten Ausgabe der Evangelischen Verantwortung Stellung nehmen.

Vier Meldungen zum Kirchenalltag in der DDR

Keine Lizenz für kirchliches Amtsblatt in Ost-Berlin

Die Bemühungen der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg um die Herausgabe eines Amtsblattes haben trotz ständiger Vorstellungen beim Presseamt des Ministerrates der DDR noch immer nicht zu einem Erfolg geführt. Wie aus dem der in Ost-Berlin tagenden Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg vorgelegten Bericht der Ost-Berliner Kirchenleitung hervorgeht, wurde den Vertretern der Kirchenleitung am 14. Januar 1975 mitgeteilt, daß eine Genehmigung aus Gründen der Papierknappheit nicht erteilt werden könne. Die Kirchenleitung hat das Ost-Berliner Konsistorium beauftragt, die Frage der Lizenzvergabe bei nächster Gelegenheit erneut zur Sprache bringen. Das Konsistorium wird statt der bisherigen Rundschreiben zur Überbrückung „Amtliche Mitteilungen“ herausgeben.

„DDR diskriminiert weiterhin christliche Kinder“

Mit dem Problem der Diskriminierung christlicher Kinder und Jugendlicher in der Praxis des Bildungswesens befaßten sich einige Anträge, die der in Ost-Berlin-Weißensee tagenden Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg vorgelegt wurden. Die Zuverlässigkeit christlicher Jugendlicher werde, wie festgestellt wurde, für späteren verantwortlichen gesellschaftlichen Einsatz ausdrücklich in Frage gestellt. Trotz bester schulischer und gesellschaftlicher Leistungen werde der Zugang zur gewünschten beruflichen Weiterbildung verwehrt, besonders wenn eine Mitgliedschaft zur FDJ nicht bestehe oder die Teilnahme an der Jugendweihe nicht nachgewiesen werden könne.

In den Anträgen wurde die Synode aufgefordert, eine grundlegen-

de Stellungnahme auszuarbeiten, die den staatlichen Stellen zuzuleiten sei. Auch sollten die angefochtenen Kinder und Eltern zum Bekennen ihres Glaubens ermutigt und die Gemeinden umfassend informiert werden.

Ost-Berlin: Keine kirchlichen Bauten in Neubaugebieten

Es ist nicht gelungen, in den letzten Jahren im Kirchengebiet Berlin-Brandenburg „ein noch so bescheidenes Programm für Neubauten von Kirchen oder Gemeindehäusern in Gang zu setzen“. Dies geht aus einem Bericht des kirchlichen Bauamtes der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg hervor, der vor der Synode des Ostteils der Berlin-Brandenburgischen Kirche erstattet wurde. Die Not sei vor allem in den Neubaugebieten am größten. Auf diesen Notstand hatte bereits die Kirchenleitung in ihrem Bericht hingewiesen. Es sei unverständlich, so hieß es darin, daß es bisher zu keiner Absprache mit den staatlichen Stellen gekommen sei, die der Kirche einen Platz in einem Neubaugebiet einräumt. Als einziger Neubau habe ein Kirchengebäude mit Kirchsaal und Nebenraum in Platkow (Kr. Seelow) 1974 erstellt werden können.

„Krankheit der Resignation“ ist Hauptfeind kirchlicher Arbeit

In einem persönlichen und geistlichen Wort, in dem Bischof D. Albrecht Schönherr kürzlich vor der in der Stephanus-Stiftung in Weißensee tagenden Ost-Berliner Synode seine Sorge um das kirchliche Leben zum Ausdruck brachte, bezeichnete er die „Krankheit der Resignation“ als den Hauptfeind der kirchlichen Arbeit. „Der Glaube umfaßt alle Lebensgebiete des Menschen“, betonte der Bischof. „Er entbindet mich nicht, sondern er

stellt mich in die volle Verantwortung für Gottes Schöpfung.“

Unter Hinweis auf das Leben in einer sozialistischen Gesellschaft erklärte der Bischof wörtlich: „Wir haben immer wieder nach Formeln gesucht, die ausdrücken können, was unter Christsein im Sozialismus zu verstehen ist. Vor allen Formeln und auch vor allen Anfragen sollten wir bedenken: Was tun wir, daß ‚jedermann‘, also auch der Funktionär, der überzeugte Marxist, besser erkennt, daß wir Christi Jünger sind, und daß das nicht heißt, einem Gespenst zu folgen?“ Ist es in Christi Sinn, so fragte der Bischof, daß wir uns in ein Freund-Feind-Denken hineinziehen lassen? „Hat die Begegnung von Christen und Nichtchristen, wie sie sich in der Minderheitssituation ständig ereignet, nicht auch einige erstaunlich positive Seiten? Wir sind aufgefordert, klar herauszustellen, was spezifisch christlich ist, worin wir Gemeinsamkeiten sehen und worin wir verschieden denken. Wir erleben Zusammenarbeit, ohne die Gefahr der Glaubensvermischung.“ Erst wenn dies alles gesagt sei, sollten wir unsere Anfragen an den Partner stellen: „Ob man sich und der Gesellschaft dann einen Gefallen tut, eine alte, ungute Erfahrung von Generation zu Generation fortzuschreiben, hilfsbereite Kräfte junger Menschen nur halb zu nutzen oder lahmzulegen, die Machfrage zu stellen, die doch kaum strittig und das am wenigstens überzeugende Argument ist.“

Unter Hinweis auf die Wertschätzung der Diakonie durch staatliche Organe betonte Schönherr: „Eine Kirche, die zwar zur Minderheit geworden ist, aber das Ganze im Blick hat, sieht in Richtung Diakonie besondere Verantwortung. Sie muß aber auch die Forderung erheben, daß nicht durch ideologisches Überziehen der Bildungspolitik der Dienst für alle in Frage gestellt wird.“

Diese Informationen wurden der Zentralausgabe des Evangelischen Pressedienstes (epd) entnommen.

Aus unserer Arbeit

EAK lehnt Tötung auf Verlangen ab

Bayreuth: Rund 300 Delegierte des Evangelischen Arbeitskreises der CSU haben auf ihrer Landesversammlung in Bayreuth eine „verfassungskonforme Lösung“ bei der Reform des § 218 gefordert. In einer einstimmig angenommenen Resolution heißt es, auch das Strafrecht dürfe dem Leben zu keiner Zeit den notwendigen Schutz entziehen. Eine neue Rechtsordnung müsse echte sozial-medizinische Notfälle berücksichtigen, einem unverantwortlichen, willkürlichen Umgang mit ungeborenem Leben aber entgegenzutreten. Zur Diskussion um Euthanasie und Sterbehilfe stellte die Landesversammlung in der Entscheidung fest, der Patient habe keinen Anspruch auf Tötung durch einen Arzt, wohl aber auf ärztliche Behandlung beim Sterben.

EAK der CSU ruft Unionsmitglieder zur Vietnam-Spende auf

Bayreuth: Die Teilnehmer der Landesversammlung '75 des Evangelischen Arbeitskreises der CSU rufen angesichts der kommunistischen Aggression in Südvietsnam und des damit verbundenen Flüchtlingselendes zu einem unverzüglichen Engagement der humanitären Hilfe auf. In einer entsprechenden Erklärung der Landesversammlung

wird an alle Mitglieder der Unionsparteien appelliert, durch persönliche Opfer zur Linderung der ungeheuren Not beizutragen.

Gerade wir Deutschen wissen — so heißt es — um das mit dem Verlust der Heimat verbundene Schicksal; wir sollten uns aber auch an jene Hilfe erinnern, die uns damals von der westlichen Welt zuteil wurde.

Evangelische und katholische Christen müßten solidarisch zusammenstehen: „Unsere gemeinsame Verantwortung sollte ihren Ausdruck in einer Zuwendung auf die Konten des Diakonischen Werkes, Postscheckamt Stuttgart Kto.-Nr. 8001 oder des Deutschen Caritasverbandes Freiburg, Postscheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 202 finden; jeweils Sonderkonto ‚Vietnamhilfe‘.“

Für das Friedensdorf Oberhausen spendeten die Teilnehmer der Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU einen Betrag von rd. 2500 DM. Der Vorsitzende des EAK-Landesverbandes Bayern, Dr. Werner Dollinger/MdB, wertete dieses Ergebnis als einen gezielten Beitrag für unschuldig unter der Last des Krieges leidende Vietnam-Kinder.

Das Flüchtlingselend beenden

Bonn: Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU hat in einem Schreiben seines Vorsitzenden Dr. Gerhard Schröder und seines Stellvertreters, Kultusminister Professor Dr. Wilhelm Hahn, den Weltkirchen-

rat in Genf aufgefordert, mit dem Gewicht der Weltchristenheit seinen Einfluß geltend zu machen, damit das durch die kommunistische Aggression in Südvietsnam und Kambodscha verursachte Flüchtlingselend beendet wird. Der Arbeitskreis hofft, daß der Weltkirchenrat das Schicksal von Millionen auf der Flucht befindlichen Menschen der Weltöffentlichkeit ins Bewußtsein rückt und internationale Hilfsmaßnahmen veranlaßt.

Evangelischer Arbeitskreis weist Kühn-Aussage energisch zurück.

Bonn: Als Behauptung wider christliches Gewissen hat in einer Presseerklärung der Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Dr. Peter Egen, die von dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn in einem Interview des Evangelischen Pressedienstes geäußerte Ansicht gewertet, daß die CDU mit dem „C“ in ihrem Namen christlich-ethische Grundsatzeinstellungen für sich gepachtet habe. In der EAK-Erklärung heißt es weiter, daß die CDU niemals einen „Pachtanspruch“ für das „C“ zum Ausdruck gebracht habe; mit Verwunderung müsse allerdings festgestellt werden, daß dieser unhaltbare Vorwurf — insbesondere in Wahlkampfzeiten — von der SPD immer wieder aufgewärmt werde, obwohl falsche Argumente auch durch stetige Wiederholung keinen Wahrheitsgehalt erhielten.

Gemeindetag unter dem Wort — 29. Mai 1975, Stuttgart

Eine große Gemeinde aus ganz Deutschland ist auf den Fronleichnamstag 29. Mai 1975 in das Stuttgarter Neckarstadion eingeladen. Hinter der Einladung steht ein großer Kreis landeskirchlicher, pietistischer und freikirchlicher Einzelpersonlichkeiten, der weit über die „Konferenz Bekennender Gemeinschaften“ hinausgeht.

„Wer Jesus hat, hat das Leben“; diese biblische Losung steht über dem Tag. Wer das reichhaltige Programm näher ansieht, der merkt deutlich, daß hier der große „Lausanner Weltkongreß für Evangelisation“ 1974 Pate gestanden hat.

Nicht sollen Fromme fromm beriechelt werden. Sondern Suchende sollen Antwort bekommen. Einsame sollen Gemeinschaft erfahren. Müde gewordene Christen sollen Mut und Anregungen bekommen, in ihrer Umwelt von Jesus und seinem Heil zu sprechen.

Die Untertitel des mit vielen Medien gestalteten Treffens lauten: „Die Ernte ist groß“ — „Unser Land für Jesus“ — „Alle Welt soll sein Wort hören“. Die Abschlusssprache wird der afrikanische Bischof Festo Kiverenge halten, dessen Hauptansprache in Lausanne so viel Wirkung ausgeübt hat. Große

Bläser- und Sängerköre werden den Tag mitgestalten. Über Mittag werden in der „Stunde der Begegnung“ hunderte von Beratern und Informationsständen Hilfen und Anregungen geben.

Das Programm beginnt um 10 Uhr und endet um 16 Uhr. Einladungszettel, Plakate, Aufkleber, Gebetskarten und Prospekte für dem Gemeindetag vorausgehende Freizeiten sind zu erhalten beim Tagungsbüro Gemeindetag, 7 Stuttgart 1, Dobelstraße 14, Telefon 07 11/24 59 17.

10 Thesen zum Demokratieverständnis

Gerd Langguth

Gerd Langguth, der Mitglied der Bundesvorstände von CDU und EAK ist und der Grundsatzkommission der CDU angehört, legt hier zehn Thesen zum Demokratieverständnis vor, die der Klärung in dem schwierigen Prozeß der Verständigung, aber auch in der notwendigen Zäsur der Abgrenzung dienen können.

1. Die Demokratie ist eine offene, ständig entwicklungsfähige politische Ordnung, in der die Menschen in Konflikt und Kooperation individuelle und gemeinsame Ziele verfolgen. Die Demokratie, die sich aus der individuellen und der sozialen Komponente der Persönlichkeit ergibt, löst diese Spannung von Konflikt und Kooperation weder in eine alles überwölbende Harmonie auf, noch dramatisiert sie den Konflikt in einer Weise, daß sie den Klassenkampf oder die soziale Revolution zur Voraussetzung für die Vollendung der Demokratie erklärt.

2. Die Demokratie ist eine Herrschaftsordnung, gekennzeichnet durch pluralistische Herrschaft, konkurrierende Willensbildung und partielle politische Integration. Sie basiert auf den Ideen von Volkssouveränität, Freiheit und Gleichheit.

3. Die Demokratie garantiert jedem Bürger gleiche Rechte. Die Entscheidung für die Demokratie bedeutet die Entscheidung für Freiheit und Gleichheit in der Gesellschaft. Diese Entscheidung bedeutet konsequenten Kampf gegen alle Hindernisse, die diesem Grundgedanken zuwiderlaufen.

4. Demokratische Integration und demokratische Konfliktregelung sind notwendig, weil es eine für alle verbindliche politische Wahrheit nicht gibt und weil jeder alleinige Anspruch auf Wahrheit nur zu einer Dogmatisierung führt, zu einem Freund-Feind-Denken und zur Integrationsverweigerung, und weil es unterschiedliche Wege zur Verwirklichung allgemein akzeptierter Werte gibt.

4. Die Demokratie als offene Staats- und Gesellschaftsordnung ist nicht identisch mit einer ganz bestimmten Politik, doch sie organisiert, schützt und fordert den Wettbewerb von Ideen und Meinungen von Parteien und Programmen. Nur so ist gesellschaftlicher Fortschritt möglich.

5. Die Demokratie bietet also keine Gewähr für eine gute Politik, sie bietet lediglich Chancen und Angebote, die die Politiker und Parteien ergreifen müssen. Die Demokratie ist der bis jetzt beste und geglückteste Versuch, die Freiheit des Einzelnen zu schützen wie auch gesellschaftliche Probleme zu lösen. Dies geschieht durch die Garantie von Grundrechten und damit Schutz des Einzelnen vor willkürlichen Eingriffen sozialer und staatlicher Instanzen, sowie durch Verteilung und Kontrolle politischer und gesellschaftlicher Macht. Gemessen an den idealen Normen von Demokratie kann es nie eine schlechthin demokratische, aber immer eine demokratischere Gesellschaft geben als die bestehende.

6. Demokratie, wie wir sie verstehen, ist also keine herrschaftsfreie Ordnung. Demokratie kann nicht die Tatsache der durch Arbeitsteilung entstandenen Abhängigkeiten in einer modernen Industriegesellschaft verleugnen. Demokratie heißt nicht Selbstbestimmung des Volkes im Sinne einer Identität von Regierenden und Regierten. Demokratie vermag nicht die elementare soziale Tatsache von Herrschaft und vielfältigen Abhängigkeiten aufzulösen. Sie vermag aber die Tatsache der Herrschaft insofern erträglich zu machen, als sie Gewaltenteilung durch Wettbewerb auf allen Gebieten in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft institutionalisiert.

7. Der Traum einer herrschaftsfreien Gesellschaft ist utopisch und inhuman, da zur Sicherung der Freiheit des Einzelnen eine friedliche Regelung der gesellschaftlichen Konflikte und eine Daseinsvorsorge durch den Staat gewähr-

leistet sein müssen. Allerdings muß in jeder Demokratie eine Ausübung von Macht und Herrschaft begründet und legitimiert werden können. Nur funktionale Autorität gilt als legitimierte Autorität.

8. Die Freiheit des Einzelnen wird heute eher durch gesellschaftliche Großgruppen als durch staatliche Eingriffe gefährdet. Deshalb ist es eine politische Aufgabe ersten Ranges, die ideellen und strukturellen Elemente der Demokratie auch in diesen gesellschaftlichen Teilbereichen zu verwirklichen, um die Freiheit des Einzelnen auch gegenüber den mächtigen Verbänden zu schützen und ihm seine Mitwirkungsrechte zu ermöglichen und auszubauen. Diese so verstandene Demokratisierung liegt in der Konsequenz unseres Demokratieverständnisses, denn Demokratie auf einen bloßen Abstimmungsmechanismus zu reduzieren hieße, eines der Hauptziele der Demokratie nämlich die Erweiterung des Raumes individueller und kollektiver Selbstbestimmung, außer acht lassen zu wollen. Die Prinzipien der Demokratie gelten also nicht nur im staatlichen Bereich, diese können und müssen in den unterschiedlichen Bereichen auf unterschiedliche Weise realisiert werden.

9. Gesellschaftliche Vielfalt und Pluralismus zu schützen ist Auftrag der Verfassung, die bestimmte Verfahren der Konfliktregelung, des Interessenausgleichs und der Kontrolle politischer Herrschaft für verbindlich erklärt. Sie ist Chance und Angebot, keine alleinige Garantie für eine gute Politik. Verfassung baut auf einem Konsens auf, den diese ihrerseits nicht dekretieren kann; sie braucht eine Solidarität der Demokraten. Eine Verfassung der Freiheit braucht eine Philosophie der Freiheit, die nicht durch die Verfassung verordnet werden kann.

10. Die Demokratie ist nach unseren Vorstellungen nur in einem parlamentarisch-repräsentativem System zu verwirklichen, denn wer sich einerseits auf die Grundrechte beruft und andererseits die Ablösung des Parlamentarismus für die Bundesrepublik fordert, stellt sich außerhalb des im Grundgesetz niedergelegten Demokratieverständnisses.

Zur Gefahr der Vereinsamung Israels

Rudolf Pfisterer

Der Autor des folgenden Artikels – seit vielen Jahren als Experte für Israel im kirchlichen Bereich bekannt – kommt im Ergebnis seiner Überlegungen u. a. zu dem Schluß, daß der bisher zwischen Juden und Christen geführte Dialog unter Einbeziehung der Mohammedaner zu einem Dialog ausgeweitet werden sollte. Angesichts der Hoffnungslosigkeit einer politischen Lösung im Nahen Osten wäre es begrüßenswert, wenn auf der hier aufgezeigten Ebene Chancen des „Aufeinanderkommens“ wahrnehmbar werden könnten.

„Israel ist allein“. Mit dieser von Pater Marcel Dubois (op) während des Jom-Kippur-Krieges getroffenen Feststellung wird die bestürzende Situation des Staates Israel klar umrissen, und nach dem vorläufigen Scheitern der Kissinger-Mission ist es das erklärte Ziel der arabischen Staaten, Israel in eine weltweite Isolierung zu versetzen. Diese schreckliche Isolierung spiegelt sich wieder in der Aussage des jüdischen Schriftstellers André Schwarz-Bart: „Wir sind Menschen wie die anderen. Wir haben kaum Illusionen in dieser Hinsicht. Jedesmal, wenn wir eine nationale Existenz besaßen, war sie ebenso blutig wie jede andere. Jedoch hat es den Anschein, als rühre dies nicht von den Taten unserer Ungerechtigkeit, sondern von der Forderung jener unbedingten Gerechtigkeit her, daß wir – auch wenn wir diesem Anspruch untreu sind – dieses Schicksal unter den Völkern kennenlernen mußten. Jedesmal wenn wir geschlagen werden, ergreift uns ein Schrecken und eine seltsame Müdigkeit, der entmutigende Eindruck des schon einmal Erlebten. Schon einmal erlebt, gestern vielleicht oder in weiter zurückliegenden Zeiten, etwa in Spanien, Frankreich, England oder an den Ufern des Euphrat und des Nil. Schon einmal erfahren diese allgemeinen Verwünschungen. Schon einmal vernommen diese Beleidigungen, diese Ausstoßung, diese wütenden Drohungen. Schon ein-

mal empfunden diese Isolierung unter den Völkern, dieser Eindruck, überzählig auf dieser Erde zu sein, dieses Gefühl, das unsere Existenz in einer geheimnisvollen Erregung bis in die Reihen unserer Freunde hinein verursacht. Der Zionismus bestand deshalb vor allem in einer Erschöpfung und Ermüdung der Herumirrenden, in der alten Sehnsucht nach einem ordentlichen Platz unter den Lebenden. Ja, die Juden waren es leid, der Andere zu sein und außerhalb zu stehen; sie wollten unter die Völker zurückkehren. Da ereignete sich das Paradoxe: 25 Jahre nach seinem Entstehen muß der neue Staat entdecken, daß er zum Juden der Völker geworden ist.“

Zum Juden der Völker! Das heißt doch: gehetzt und gejagt, verlacht und ausgestoßen, dem Tod und Verderben preisgegeben, ohne daß davon allzuviel Aufhebungs gemacht wird, weil dieser unübersehbare Zeuge einer durch den lebendigen Gott geprägten Andersartigkeit als lästiger Pfahl im Fleisch der Nationen empfunden wird. Ohne den Blick für diese tiefe Verwurzelung Israels in dem Boden jüdischer Existenz und Geschichte können wir die gegenwärtigen Ereignisse im Nahen Osten nicht begreifen. In einem dringenden Appell an seine beiden arabischen Gesprächspartner versuchte dies Saul Friedländer (Jerusalem) klarzulegen: „Wenn Sie den Zionismus nicht als die Vollendung einer wirklich jahrtausendealten Sehnsucht verstehen, dann verstehen Sie überhaupt nichts von Israel, seinem Willen, seiner Zähigkeit.“ Israels Existenz läßt sich deshalb nicht in den vorgefertigten Rahmen einer menschlichen Weltanschauung einfügen, sondern bleibt ein unserem Zugriff entzogenes, aber auf dieser Welt sich darstellendes Geheimnis. Der jüdische Schriftsteller Elie Wiesel, der im Alter zwischen 13 und 15 Jahren die Hölle von Auschwitz durchleiden mußte, weist drauf hin: „Geheimnis ist unsere Existenz in der Diaspora wie das Wiedererste-

hen Israels Geheimnis ist. Wie haben wir überlebt – und warum ist unser Überleben dauernd bedroht?“

Die tödliche Gefahr

Seitdem dieser Staat durch den Beschluß der Vereinten Nationen vom 29. November 1947 ins Leben gerufen wurde, befindet er sich in der Situation einer belagerten Festung. Seine Nachbarn sprechen ihm das Lebensrecht ab, und stempeln dadurch diesen Staat zu einer Art Ghetto, dessen Bewohnern eine normale Existenz verweigert wird. Dies wurde in den vier kriegerischen Auseinandersetzungen der letzten 25 Jahre deutlich, vor allem im Oktoberkrieg 1973, der ein eindeutiger Überfall war, um diesem Staat das Lebenslicht auszublenden. Im November 1973 brachte dies der ägyptische Kriegsminister Ismail Ali mit Deutlichkeit zum Ausdruck, als er sich an israelische Kriegsgefangene mit folgenden Worten wandte: „Wir haben diesen Krieg begonnen, weil der Sinai uns gehört. Er ist uns mit Blut entrissen worden und wir werden uns ihn durch Blut zurückholen. Sie können Ihre Vorgesetzten daran erinnern, daß wir ein Volk von 40 Millionen sind. Sie sind von 100 Millionen Mohammedanern umzingelt, und auf lange Sicht haben Sie nicht die geringste Chance, einen Krieg siegreich gegen uns zu gewinnen. Es hat den Oktoberkrieg gegeben, es wird noch andere geben.“

Wenn schon von den als gemäßigt geltenden Ägyptern eine solche Sprache geführt wird, was haben dann die Israelis erst von anderen Gruppierungen zu gewärtigen? So z. B. von den Versuchen, die Gefahr für Israel und die Juden herunterzuspielen, wie dies jüngst in einem Aufruf französischer Intellektueller zum Ausdruck kam: „Sie erheben sich gegen die Argumentation, die in einer trügerischen Weise die Infragestellung des rä-

sistischen (!) Staates Israel mit der Ausrottung der israelischen Bevölkerung in Zusammenhang bringt.“ Gegenüber dieser mehr ideologischen als realistischen Äußerung meint der Schriftsteller Eugène Ionescu voller Besorgnis: „Sie (die Israelis) wissen es offenkundig, und wir wissen es auch, daß der Staat Israel bedroht ist und daß seine Tage gezählt sein können. Die Juden wurden ausgerottet, verfolgt, von überall verjagt und gründen einen Staat, um hier leben zu können. Jetzt laufen sie Gefahr, hier einen Friedhof zu finden.“ Dieser Eindruck wird unterstrichen durch die betroffenbetäubten Äußerungen des schon genannten Elie Wiesel, der zunächst gemeint hat, der Antisemitismus sei unter dem blutroten Himmel von Polen für immer vergangen und der auf Grund bestürzender Zeichen zu dem Urteil gelangt: „Die antijüdische Haltung ist wieder Mode geworden“, um fortzufahren: „Man redet zwar nicht vom Genozid, aber man zieht das Ende Israels in Betracht. Dies genügt, um die Angst zu rechtfertigen . . . Für uns hat sich also nichts geändert. Die Welt steht unserem Schicksal – wie übrigens auch ihrem eigenen – gleichgültig gegenüber. Sie hat zu schnell vergessen.“

Auf diesem Hintergrund kann man verstehen, daß die Worte Jassir Arafats, des Führers der palästinensischen Befreiungsfront, nach seinem Auftreten vor den Vereinten Nationen (November 1974) mit großer Zurückhaltung aufgenommen werden. So sagte er am 3. Januar 1975: „Das erste Ziel besteht darin, daß alle Streitkräfte und Waffen der Araber auf den Feind (Israel) gerichtet werden . . . Wir sind überzeugt, daß die Politik (gegen Israel) nur mit der Gewehrmündung geführt werden kann.“ Und kurz zuvor erklärte er: „Man muß eine fortschrittliche internationale Front schaffen, deren Ziel die Errichtung eines demokratischen Palästinas auf dem gesamten palästinensischen Territorium ist (am 20. Dezember 1974).“ Im Klartext: Existenz und Souveränität Israels werden grundsätzlich ausgeklammert. Den Juden wird nur das – im Augenblick höchst fragwürdige – Recht einer Minderheit gewährt. Selbstbestimmung im eigenen Hause – und darum auch die Möglichkeit der Aufnahme von verfolg-

ten Juden – wird verneint. Außerdem wird der im Westjordangebiet geforderte Staat für die Palästinenser als Etappe auf dem Weg zum Ziel einer völligen Inbesitznahme des gesamten Gebietes gerechtfertigt; im strategischen Gesamtplan hat er den taktischen Wert einer Operationsbasis und eines Waffenlagers. Solange nationaler Selbstmord noch nicht zu den Pflichten eines souveränen Staates gehört, kann Israel einer solchen Regelung nicht zustimmen. Dies schließt nicht aus, sondern ein, daß von jeder Seite das Menschenmögliche getan werden muß, um die Spannungen so abzubauen, daß das Recht auf Existenz des Staates Israel mit den berechtigten Forderungen der in diesem Gebiet lebenden Araber in Einklang gebracht und eine vernünftige, für beide Seiten annehmbare Lösung gefunden werden kann.

Die gebotene Solidarität

Der um sich greifenden Vereinigung Israels gilt es ein deutliches Nein entgegenzuhalten und dies auch gegenüber allen eventuellen Pressionen durchzuhalten.

Die im Oktoberkrieg (1973) offenbar gewordene Gleichgültigkeit gegenüber der tödlichen Bedrohung dieses Staates von seiten der Christenheit und Europas hat sich als bittere Enttäuschung auf die dort lebenden Juden gelegt. Der vorhin schon zitierte Elie Wiesel meint im Rückblick: „Das zivilisierte Europa verweigerte ihm (Israel) seine Hilfe, noch schlimmer: es versuchte die Hilfe zu sabotieren, die ihm Amerika brachte. Europa ließ die Feinde Israels gewähren, und indem es sie gewähren ließ, willigte es schon von vornherein in seine gewisse Niederlage, das heißt seine wahrscheinliche Liquidierung, ein. Kann aber dieses so junge und so alte Volk den nächsten Ansturm überleben? Wieviele seiner besten Söhne muß es opfern? Europa braucht Öl, es läßt sich erpressen, und man gewinnt den Eindruck, daß sich die Konsequenzen dieser Erpreßbarkeit sich auch immer mehr im Leben der einzelnen Staaten bemerkbar machen. Denn das Nachgeben gegenüber der Erpressung lockert unwiderruflich und unheilvoll die

Bremsen für eine verhängnisvolle Talfahrt. Und die Kirchen? Ein den Juden verbundener Pfarrer erklärte in Israel während des Krieges 1973: „Als Christen müssen wir Israel sagen: Rechnet nicht damit, daß wir euch irgend eine Hilfe bringen. Helft euch selbst. In der Ruhe der Konferenzräume können wir euch jede Art von Unterstützung zuteil werden lassen, aber wenn euer Leben auf dem Spiel steht, dann erwartet nichts von uns und sucht euere Rettung bei euch selbst.“

Was kann getan werden, daß eine solche Gefahr für die Existenz Israels und für den Frieden der Welt vermieden, wenigstens verringert und der in diesem Konflikt im Gesichtsfeld erscheinende Zündstoff entschärft werden kann?

Bejahung der Existenzberechtigung Israels

Es muß deutlich gemacht werden, daß von unserer Seite die Existenz eines lebensfähigen, mit sicheren Grenzen ausgestatteten, souveränen Staates Israel gewährleistet wird, und daß dieses Grundrecht durch keinerlei anderweitigen Nützlichkeitsabwägungen in Frage gestellt werden darf. Dem Recht der Palästinenser auf Eigenständigkeit wird dadurch kein Abbruch getan; strikte Voraussetzung für eine Friedensregelung besteht aber auch darin, daß auch von dieser Seite die Existenz eines souveränen Staates Israel garantiert wird. Nur so kann die gegenwärtige, gegenseitige Frontstellung abgebaut, und Israel aus seiner augenblicklichen Stellung als Jude der Völker, aus dem Umfang nach riesigen Lager mit Wachttürmen und Minenfeldern heraustreten und zu einer normalen Existenz im Einvernehmen mit seinen Nachbarn finden. Ein Test für den Friedenswillen seiner Nachbarn ist darum die Frage, ob das im Grunde einzige Hinder-

nis für den Frieden — die Anerkennung eines souveränen jüdischen Staates — überstiegen werden kann. Politiker der Bundesrepublik könnten das Ansehen und Gewicht, das dieses Land in beiden Lagern besitzt, in einem intensiven Sinn dazu verwenden, um Mißtrauen und Vorurteile auf beiden Seiten abzutragen und vor allem auch die Araber zu überzeugen, daß Israel nur den Wunsch zu einem Leben im Frieden hat.

Forderung nach Gleichberechtigung der Gesprächspartner

Das Bemühen um diesen Ausgleich im Sinne einer Versöhnlichkeit sollte dazu führen, daß Araber, auch die Palästinenser, und die Israelis als gleichberechtigte Partner an einen Tisch müssen, um selbst — ohne Druck von seiten irgendeiner Großmacht — die Chancen und Möglichkeit eines Friedens auszuhandeln, ohne sich durch kräftige Schlagworte und Terrorakte von seiten der Extremisten

unter Druck setzen zu lassen. In dem notwendigen Lernprozeß werden alle Beteiligten entdecken, daß ihre Interessen sich gegenseitig ergänzen, und durch diese Eigenständigkeit können sie sich weiterhin davor schützen nur noch als Figuren im Schachspiel internationaler Machtpolitik geschoben und geopfert zu werden. Konkrete Lösungen für ein friedliches Zusammenleben lassen sich finden, wenn in gegenseitiger Begegnung das Vertrauen zueinander wachsen kann und so endlich die unheilvolle Einstellung der Konfrontation abgebaut wird. Zu solchen Begegnungen sollte man von unserer Seite — öffentlich und auf diplomatischem Wege — ermutigen.

Brücken zur Versöhnung — Ja zum Dialog

Wenn die Kirche ihrem Auftrag treu bleiben will, so muß sie auch an diesem Punkt versuchen, Brücken der Versöhnung zu bauen. In gegenseitigen Gesprächen ist in Is-

rael in dieser Hinsicht in aller Stille viel geschehen. Schmerzlich ist nur, daß bis jetzt der dritte Partner im Gespräch, die mohammedanische Seite noch nicht in der Weise eingestiegen ist, wie man es sich wünschen möchte, um diesen Dialog von Juden und Christen zu einem „Dialog“ auszuweiten. Eine Ermutigung für das Zugehen dieser Partner aufeinander bildet das jüngste Dokument des Vatikans über das Verhältnis zwischen Juden und Christen. Israel wird darin nicht ausdrücklich genannt. Aber es bezieht indirekt deutlich Stellung für Israel. Eine Kriegserklärung an den Antisemitismus ist angesichts der Forderung einer Streichung Israels von der Landkarte eine mutige Tat, die nicht ohne wohlthuende Konsequenzen bleiben kann. Weiter: In die Anerkennung der jüdischen Eigenständigkeit ist auch die — lange vor der Zeit des Zionismus lebendige — Sehnsucht der Juden nach Zion eingeschlossen. Als Christen dürfen wir dies — ohne Unterschied der Konfession — dankbar begrüßen und dafür entschieden eintreten.

Streit um die Wahrheit

Auf Initiative zweier Lutheraner, des Religionssoziologen Dr. Peter Berger (Rutgers Universität) und des Pfarrers Richard Neuhaus (Brooklyn), unterzeichneten und veröffentlichten 18 namhafte Christen — Protestanten, Katholiken und Orthodoxe — am 26. Januar 1975 in Hartford (Connecticut, USA) einen ökumenischen „Aufruf zu einer theologischen Grundsatzklärung“.

Die in Amerika vielbeachtete Erklärung sieht das christliche Zeugnis und den christlichen Auftrag heute durch Thesen gefährdet, die „nicht einer oberflächlichen Anziehungskraft entbehren“, letztlich jedoch „falsch sind und das Leben und Handeln der Kirche schwächen.“ In einer Auseinandersetzung mit 13 Thesen moderner Theologie verdeutlichen die Unterzeichner ihre Ansicht, daß sich die christliche Theologie nicht den „vorherrschenden Denkstrukturen“ irgend-

einer geschichtlichen Epoche unterwerfen darf.

Die „Evangelische Verantwortung“ gibt nachstehend die Erklärung der amerikanischen Theologen wieder, da diese Mahnung zu einer theologischen Vergewisserung auch im Spannungsfeld der deutschen kirchenpolitischen Auseinandersetzungen einen wichtigen Beitrag zu einer Besinnung zur Mitte leisten könnte.

Wortlaut:

Die Erneuerung des christlichen Zeugnisses und Auftrags erfordert eine ständige Prüfung der Postulate, die das Leben der Kirche ausmachen. Heute untergräbt ein augenscheinlicher Verlust des Bewußtseins einer transzendentalen Dimension die Fähigkeit der Kirche, sich klar und mutig den dringenden Aufgaben zuzuwenden, zu denen Gott sie in aller Welt aufruft. Dieser Verlust wird bei der Betrachtung von Thesen klar, die das moderne

Denken beherrschen. Viele dieser Thesen entbehren zunächst nicht einer oberflächlichen Anziehungskraft, aber bei näherer Prüfung stellt sich heraus, daß diese Thesen falsch sind und das Leben und Handeln der Kirche schwächen.

Dazu gehören:

These 1:

Das moderne Denken ist allen bisherigen Arten des Verständnisses von Wirklichkeit überlegen und hat deshalb für den christlichen Glauben und das christliche Leben normativen Charakter.

Wir lehnen diese These ab und verwahren uns dagegen, daß der christliche Glaube und das christliche Leben den vorherrschenden Denkstrukturen unterworfen werden. Das gilt nicht nur für das 20. Jahrhundert, sondern für jede geschichtliche Epoche. Wir treten dafür ein, jegliches hilfreiche Verständigungsmittel — ob alt oder

neu – zu benutzen und sind davon überzeugt, daß die christliche Verkündigung zu den Ausdrucksformen der Kultur in Beziehung gesetzt werden muß. Gleichzeitig bekräftigen wir, daß das christliche Gedankengut sich mit anderen Weltanschauungen, die alle zwangsläufig vorläufiger Art sind, auseinandersetzen muß.

These 2:

Aussagen über religiöse Fragen sind losgelöst vom rationalen Denken.

Die Kapitulation vor dem angeblichen Primat des modernen Denkens nimmt zweierlei Formen an: Zum einen werden Aussagen über religiöse Fragen den Kriterien des wissenschaftlichen Rationalismus unterworfen, zum anderen wird die Vernunft mit wissenschaftlichem Rationalismus gleichgesetzt. Letzteres würde Aussagen über religiöse Fragen völlig außerhalb des Bereiches des Rationalen stellen. Eine rein subjektive und nicht-rationale Religion führt dazu, daß Glaubensaussagen bestenfalls als Aussagen über den Glaubenden behandelt werden. Wir lehnen beide Formen der Kapitulation ab.

These 3:

Religiöse Sprache bezieht sich auf menschliche Erfahrung und sonst nichts, wobei Gott die edelste Schöpfung der Menschen ist.

Religion besteht auch aus einer Reihe von Symbolen und selbst aus menschlichen Projektionen. Wir lehnen jedoch die Behauptung ab, sie sei nichts weiter als das. Es steht nichts weniger als die Wirklichkeit Gottes auf dem Spiel: Wir haben nicht etwa Gott erfunden, sondern Gott hat uns erfunden.

These 4:

Jesus ist nur mit Hilfe heutiger Vorbilder der Menschheit zu verstehen.

Diese These legt eine Umkehrung der „Nachfolge Christi“ nahe, d. h. das Bild Jesu wird dazu benutzt, um kulturelle und gegenkulturelle Vorstellungen von der Herrlichkeit des Menschen widerzuspiegeln. Wir leugnen nicht, daß Jesus alle Aspekte menschlichen Tuns und Seins erleuchtet. Es ist für die Universalität Christi sogar notwendig, ihn in Zusammenhang mit den Besonder-

heiten der Welt des Glaubenden zu sehen. Wir lehnen es jedoch ab, uns sklavisch an diese Begriffe zu binden, die zwangsläufig ungenügend, relativ, vergänglich und häufig götzenanbeterisch sind. Weder Jesus, noch die Heilige Schrift, noch die ganze christliche Tradition können willkürlich ohne Bezug auf die Geschichte gedeutet werden, der sie angehören. Die Gefahr liegt in dem Versuch, sich die Tradition zunutze zu machen, ohne sie ernst zu nehmen.

These 5:

Alle Religionen besitzen den gleichen Wert; welche man wählt, ist keine Frage der Überzeugung dessen, was man als wahr erkannt hat, sondern nur des persönlichen Geschmacks oder Lebensstiles.

Wir bekräftigen unser gemeinsames Menschsein. Wir bekräftigen, daß wir alle Ausdrucksformen der religiösen Suche erforschen, uns mit ihnen auseinandersetzen und von den Schätzen anderer Religionen lernen sollten; doch lehnen wir diese These ab, weil sie Unterschiede verwischt und Gegensätze außer acht läßt. Dadurch verwässert sie nicht nur die Bedeutung des christlichen Glaubens, sondern mißachtet auch die Integrität anderer Glaubensrichtungen. Wahrheit ist kein leeres Wort; deshalb sind Unterschiede zwischen Religionen äußerst bedeutungsvoll.

These 6:

Die ganze Bedeutung des Heils liegt darin, seine Fähigkeiten voll zur Entfaltung zu bringen, und sich selbst treu zu bleiben.

Heil beinhaltet eine Verheißung menschlicher Erfüllung, doch die Gleichsetzung von Heil mit menschlicher Erfüllung kann zur Banalisierung der Verheißung führen. Wir bekräftigen, daß es kein Heil ohne Gott gibt.

These 7:

Was menschlich ist, ist gut; das Böse kann dementsprechend verstanden werden als das Unvermögen, die Fähigkeiten des Menschen voll zur Entfaltung zu bringen.

Auch diese These führt leicht zu einem falschen Verständnis der Doppeldeutigkeit menschlicher Existenz und unterschätzt die Allgegenwart der Sünde. Durch die Ver-

niedlichung des Bösen untergräbt sie paradoxerweise auch die ernsthafte und fortgesetzte Verurteilung besonderer sozialer und individueller Mißstände.

These 8:

Der einzige Sinn des Gottesdienstes liegt darin, die Selbstverwirklichung des einzelnen und der menschlichen Gemeinschaft zu fördern.

Der Gottesdienst ist für den einzelnen und die Gemeinschaft von Nutzen, vor allem ist er jedoch ein Echo auf die Wirklichkeit Gottes, und ergibt sich aus dem fundamentalen Bedürfnis und Wunsch, Gott zu kennen, zu lieben und anzubeten. Wir beten Gott an, weil Gott anbetungswürdig ist.

These 9:

Institutionen und geschichtliche Traditionen sind Werkzeuge der Unterdrückung und hindern uns daran, wahrhaft Mensch zu sein; wir müssen uns von ihnen befreien, um zu einer wahrhaftigen Existenz und Religion zu gelangen.

Institutionen und Traditionen sind oft Werkzeuge der Unterdrückung. Aus dem Grunde müssen sie unnachgiebiger Kritik unterworfen werden. Jedoch sind Institutionen und Traditionen in einer menschlichen Gemeinschaft unbedingt erforderlich. Ohne sie würde das Leben in Chaos versinken und in neue Formen der Knechtschaft verfallen. Das moderne Streben nach Befreiung von allen sozialen und geschichtlichen Zwängen ist letztlich entmenschlichend.

These 10:

Das Weltgeschehen muß das Handeln der Kirche bestimmen. Soziale, politische und wirtschaftliche Programme zur Verbesserung der Qualität des Lebens sind letztlich normativ für die Mission der Kirche in der Welt.

Diese These ist auf alle politischen und ideologischen Ausrichtungen anwendbar. Ihre Form bleibt die gleiche, ob man nun darunter versteht, die Werte der amerikanischen Lebensweise aufrechtzuerhalten, den Sozialismus voranzubringen oder das menschliche Bewußtsein zu heben. Die Kirche muß Unterdrücker verurteilen, die Unterdrückten befreien helfen und menschliches Elend zu heilen su-

chen. Manchmal fällt die Aufgabe der Kirche mit dem Fortschritt der Welt zusammen. Die Grundlage für das Handeln der Kirche bildet jedoch ihr eigenes Verständnis vom Willen Gottes für die Welt.

These 11:

Wenn Gottes Transzendenz im Mittelpunkt steht, wird das christliche soziale Engagement und Handeln eingeschränkt, wenn nicht gar unmöglich gemacht.

Diese These verleitet manche dazu, Gottes Transzendenz zu leugnen. Andere, die an einer falschen Transzendenz festhalten, ziehen sich in einen religiösen Privatismus oder Individualismus zurück und entziehen sich weitgehend der persönlichen und gemeinschaftlichen Verantwortung der Christen für das irdische Jerusalem. Gerade weil sie von Gottes Herrschaft über alle Aspekte des Lebens überzeugt sind, müssen Christen aus biblischer Sicht am Kampf gegen unterdrückerische und entmenslichende Strukturen und ihre Ausdrucks-

formen wie z. B. Rassismus, Krieg und wirtschaftliche Ausbeutung voll teilnehmen.

These 12:

Der Kampf um eine bessere Menschheit wird das Reich Gottes herbeiführen.

Der Kampf um eine bessere Menschheit gehört wesentlich zum christlichen Glauben und kann von der biblischen Verheißung des Reiches Gottes belebt und inspiriert werden. Unvollkommene Menschen können jedoch keine vollkommene Gesellschaft schaffen. Das Reich Gottes geht über jede vorstellbare Utopie hinaus. Gott hat seine eigenen Pläne, die den unseren entgegenstehen und uns mit Gericht und Erlösung überraschen.

These 13:

Die Frage nach der Hoffnung über den Tod hinaus ist unverbindlich und bestenfalls nebensächlich für das christliche Verständnis menschlicher Erfüllung.

Mit dieser These wird die Kapitulation vor dem modernen Denken endgültig vollzogen. Wenn der Tod das letzte Wort hat, hat das Christentum zu den letzten Fragen des Lebens nichts zu sagen. Wir glauben, daß Gott Jesus von den Toten auferweckte und sind „... gewiß, daß weder Tod noch Leben, weder Engel noch Fürstentümer noch Gewalten, weder Gegenwärtiges noch Zukünftiges, weder Hohes noch Tiefes noch keine andere Kreatur mag uns scheiden von der Liebe Gottes, die in Christo Jesu ist, unserem Herrn“ (Römer 8, 38 und folgende Verse).

Da eine Reihe von Lesern uns auf Grund unserer Aktion in der EV Nr. 3/75 nachträglich um die Angabe unserer Konten baten, teilen wir diese nachfolgend nochmals mit:

Postscheckamt Köln Kto.-Nr. 112 100-500, Sparkasse Bonn Kto.-Nr. 56 267.

Freiheit und Verantwortung

Unter diesem Leitthema wird der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU ein Stück Selbstdarstellung bei dem diesjährigen Deutschen Evangelischen Kirchentag von 11. bis 15. Juni in Frankfurt bieten. Im Rahmen des Marktes der Möglichkeiten hat der Evangelische Arbeitskreis in Halle 8 eine 300 Quadratmeter große Koje, in welcher am Donnerstag, den 12. Juni und am Freitag, den 13. Juni Politiker aus dem Evangelischen Arbeitskreis mit den Kirchentagsteilnehmern diskutieren.

Darüber hinaus lädt der Evangelische Arbeitskreis alle Kirchentagsteilnehmer ein für Donnerstag, 12. Juni zu einer öffentlichen Abendveranstaltung (Christen fragen die Union) ins Haus Dornbusch, wo sich prominente Unionspolitiker den Fragen des Publikums stellen (20 Uhr).

Die Bundesgeschäftsstelle des EAK sendet Ihnen auf Anforderung kostenlos Unterlagen für den Kirchentag zu. Gleichzeitig sind wir in der Lage, Ihnen in unmittelbarer Nähe des Kirchentagsgeländes noch einige vorreservierte Hotelzimmer zu einem Sonderpreis anbieten zu können. Hierfür ist umgehende Anmeldung erforderlich, da nur noch wenige Zimmer zur Verfügung stehen.

In Ängsten – und siehe wir leben

16. Deutscher Evangelischer Kirchentag Frankfurt, 11. bis 15. Juni 1975

... und am Samstag, den 14. Juni nachmittags: Diskussionsveranstaltung des Kirchentages mit Prof. Dr. Kurt Biedenkopf und Dr. Erhard Eppler/MdB